

## Niederschrift

### der Sitzung des Ausschusses für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile am 09.12.2014

---

<b>Sitzungsort:</b>	Rathaus, Raum 244, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
<b>Beginn:</b>	17:05 Uhr
<b>Ende:</b>	18:08 Uhr
<b>Anwesende Mitglieder des Ausschusses:</b>	Siehe Anwesenheitsliste
<b>Abwesende Mitglieder des Ausschusses:</b>	Siehe Anwesenheitsliste
<b>Sitzungsleiter:</b>	Herr Horn
<b>Schriftführer/in:</b>	

#### Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 18.11.2014	
4.	Dringliche Angelegenheiten	
5.	Verweisungen von Anfragen des Stadtrates	

- 5.1. Vertagung vom 18.11.2014 **2114/14**  
 Verweisung einer Anfrage des Stadtrates vom 05.11.2014  
 Gewässerschutz / Hochwasser Linderbach  
 BE: Fragesteller Herr Panse, Fraktion CDU  
 hinzugezogen: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau  
 und Verkehr
6. Festlegungen des Ausschusses
- 6.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung OSO vom **0646/14**  
 01.04.2014 - TOP 6.2. ...Erneute Berichterstattung zum  
 Maßnahmenpaket zur Förderung des Ehrenamtes "Feuer-  
 wehrmann-/frau" (DS 2500/11, 2480/12, 0491/14)  
 BE: Beigeordneter für Bürgerservice, Sicherheit und Sport  
 hinzugezogen: Vertreter Stadtfeuerwehrverbandes
- 6.2. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung OSO vom **2409/14**  
 18.11.2014 - TOP 6.1. ... Überschwemmungen durch Stark-  
 regen in Büßleben und Linderbach (Drucksachen 1797/14,  
 1835/14)  
 BE: Leiter des Amtes für Brandschutz, Rettungsdienst und  
 Katastrophenschutz
7. Informationen
- 7.1. Vertagung vom 18.11.2014 **2178/14**  
 Daten des Landesamtes für Vermessung und Geoinforma-  
 tion  
 BE: Antragsteller Herr Helmerich, fraktionslos  
 hinzugezogen: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau  
 und Verkehr
- 7.2. Sonstige Informationen

## I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-  
Nummer

### 1. Eröffnung und Begrüßung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Horn, eröffnete die öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile und stellte die form- und fristgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßte den ehrenamtlichen Beigeordneten, Herrn Hagemann, der kommissarisch bis zur Neuwahl den Geschäftsbereich des Beigeordneten für Bürgerservice und Sicherheit leiten wird.

### 2. Änderungen zur Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Horn, schlug vor, dass der

TOP 5.1. - Drucksache 2114/14

Vertagung vom 18.11.2014

Verweisung einer Anfrage des Stadtrates vom 05.11.2014

Gewässerschutz / Hochwasser Linderbach

gemeinsam mit dem

TOP 6.2. - Drucksache 2409/14

Festlegung aus der öffentlichen Sitzung OSO vom 18.11.2014 - TOP 6.1. ... Überschwemmungen durch Starkregen in Büßleben und Linderbach (Drucksachen 1797/14, 1835/14)

behandelt wird.

Dazu erhob sich kein Widerspruch.

### 3. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 18.11.2014

**genehmigt Ja 5 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0**

### 4. Dringliche Angelegenheiten

Dringliche Angelegenheiten lagen nicht vor.

**5. Verweisungen von Anfragen des Stadtrates**

- 5.1. Vertagung vom 18.11.2014 2114/14**  
**Verweisung einer Anfrage des Stadtrates vom 05.11.2014**  
**Gewässerschutz / Hochwasser Linderbach**  
**BE: Fragesteller Herr Panse, Fraktion CDU**  
**hinzugezogen: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau**  
**und Verkehr**

siehe TOP 6.2.

**zur Kenntnis genommen**

**6. Festlegungen des Ausschusses**

- 6.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung OSO vom 0646/14**  
**01.04.2014 - TOP 6.2. ...Erneute Berichterstattung zum**  
**Maßnahmepaket zur Förderung des Ehrenamtes "Feuer-**  
**wehrmann-/frau" (DS 2500/11, 2480/12, 0491/14)**  
**BE: Beigeordneter für Bürgerservice, Sicherheit und Sport**  
**hinzugezogen: Vertreter Stadtfeuerwehrverbandes**

Der Vertreterin des Stadtfeuerwehrverbandes wurde einvernehmlich das Rederecht erteilt.

Auf Nachfrage von Herrn Metz, Fraktion SPD, teilte die Vertreterin des Stadtfeuerwehrverbandes mit, dass zur vorliegenden Berichterstattung nichts hinzuzufügen sei.

An der Diskussion beteiligten sich:

- Herr Horn, Ausschussvorsitzender: Grenze der Einsatzfähigkeit der Wehren - mögliche Zusammenlegung von zwei Wehren; 6 aufgeführte Maßnahmen zur dauerhaften Steigerung der einsetzbaren Atemschutzgeräteträgern - schlug eine entsprechende Berichterstattung bis spätestens Ende des II. Quartales 2015 vor; Notwendigkeit von Kontrollmechanismen;

- Herr Metz, Fraktion SPD: verwies auf die Festlegung aus der vorangegangenen Wahlperiode des Ausschusses - jährliche Berichterstattung zum Maßnahmepaket zur Förderung des Ehrenamtes "Feuerwehrmann-/frau"; bisher erzielte Ergebnisse; kurzfristige Lösungen wird es nicht geben - Kontinuität leisten; Abwärtstendenz der einsetzbaren Atemschutzgeräteträger wurde gestoppt; schlug dem Ausschuss eine Erneuerung der Festlegung vor: jährliche Berichterstattung;

- Herr Frenzel, Fraktion SPD: mögliche Auswirkungen auf die Wehren bei fehlenden Atemschutzgeräteträger z.B. Freiwillige Feuerwehr Ermstedt einschließlich der Auswirkungen bezüglich Löschtruppenfahrzeuge;

- Referent des Dezernates für Bürgerservice und Sicherheit: Problematik im Dezernat und im Amt für Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz bekannt; in Kürze werden entsprechende Gespräche mit den Wehrführern geführt mit gegebenenfalls Fahrzeugversetzungen;

- Herr Hutt, sachkundiger Bürger: Veränderung der Situation gegenüber der vorangegangenen Jahre; sprach sich für eine Berichterstattung Ende II. Quartales 2015 im Hinblick auf die 6 aufgeführten Maßnahmen bezüglich Atemschutzgeräteträger und eine jährliche Berichterstattung zum Maßnahmenpaket zur Förderung des Ehrenamtes "Feuerwehrmann-/frau" aus.

Zusammenfassend schlug der Ausschussvorsitzende nachfolgende Festlegungen vor:

<b>Drucksache 2555/14</b>	<b>Zu den 6 in der Drucksache 2409/14 aufgeführten Maßnahmen zur dauerhaften Steigerung der einsetzbaren Atemschutzgeräteträger ist ein kurzer Sachstandsbericht an den Ausschuss bis spätestens Ende des II. Quartales 2015 zu geben. T.: 23.06.2015 V.: Leiter des Amtes für Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz</b>
-------------------------------	---

<b>Drucksache 2556/14</b>	<b>Unter Hinzuziehung eines Vertreters des Stadtfeuerwehrverbandes ist dem Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile ein jährlicher Bericht zum Maßnahmenpaket zur Förderung des Ehrenamtes "Feuerwehrmann-/frau" (Stadtratsbeschluss 0286/09 vom 28.04.2019) vorzulegen. T.: 08.12.2015 V.: Leiter des Amtes für Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz</b>
-------------------------------	--

Dazu erfolgte kein Widerspruch.

**zur Kenntnis genommen**

**6.2. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung OSO vom 2409/14  
18.11.2014 - TOP 6.1. ... Überschwemmungen durch Stark-  
regen in Büßleben und Linderbach (Drucksachen 1797/14,  
1835/14)  
BE: Leiter des Amtes für Brandschutz, Rettungsdienst und  
Katastrophenschutz**

Die TOP 6.2. und 5.1. wurden gemeinsam beraten.

Herr Horn, Ausschussvorsitzender, schlug vor, den Vertretern der Bürgerinitiative zum Hochwasserschutz in Erfurt Ost Rederecht zu erteilen. Dagegen erhob sich kein Widerspruch.

Der Ausschussvorsitzende informierte über den Inhalt der Festlegung des Ausschusses und über die in den letzten Tagen erfolgten Gespräche mit dem einstigen Beigeordneten für Bürgerservice und Sicherheit, Herrn Götze, der zusicherte, dass dies grundsätzlich möglich sei.

Herr Hagemann, ehrenamtlicher Beigeordneter und amt. Beigeordneter für Bürgerservice und Sicherheit, führte aus, dass 17 funktionstüchtige Sirenen, jedoch keine in den Ortsteilen Azmannsdorf und Linderbach, vorhanden sind. Es sei zu prüfen, ob auf/an stadteigenen Gebäuden weitere angebracht werden können - Anschaffungskosten von ca. 15.000,00 EUR sowie Wartungskosten.

Der Referent des Dezernates für Bürgerservice und Sicherheit berichtete u.a. über:

- Absprachen und Gespräche zwischen dem Dezernat, dem Amt für Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz und dem Umwelt- und Naturschutzamt,
- Unterschiede bei den Alarmierungsarten: Alarmierung für die Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren und Alarmierung der Bevölkerung,
- die Kräfte der Freiwilligen Feuerwehren sind bei Alarmierungen zweckgebunden,
- Alarmierung der Bevölkerung über die Berufsfeuerwehr grundsätzlich möglich, unter Beachtung der Rahmenbedingungen, ausreichende Information der Bevölkerung,
- durch den Abbau des Zivilschutzsirenenetzes 1992 keine bundeseinheitliche Regelung mehr,
- Bund und Länder einigten sich bei entsprechenden Vorfällen den Rundfunk als Hauptwarnmittel einzusetzen,
- Beispiele/ Regelungen aus dem Freistaat Sachsen,
- Neuinstallation/Wartung von Sirenen noch nicht im Haushalt geplant,

- bauliche und lärmschutztechnische Prüfung notwendig,
- Anschaffungen von entsprechenden Messeinrichtungen (ein Ombrometer ca.3.500 bis 4.000 EUR) - Schwellenwert von 28 Liter/Stunde vorgeschlagen,
- festzulegender Sirenenton bedeutet für die Bevölkerung, den Rundfunk einzuschalten, um möglicherweise dann ihr Eigentum schützen zu können.

Der Vertreter des Umwelt- und Naturschutzamtes bestätigte die bisherigen Ausführungen, betonte die fachliche Unterstützung sowie konkretisierte den Stellenwert: 28 Liter auf 20 Minuten.

An der nachfolgenden Diskussion nahmen teil:

- Herr Horn: vorbeugende Maßnahmen kostengünstiger als widerherstellende Maßnahmen,
- Herr Frenzel, Fraktion SPD: notwendige Sirenen auch in anderen Ortsteilen; Niederschlagsmessung sehr aufwendig - besser die Fließgeschwindigkeit des Linderbachs messen,
- Herr Rudovsky, sachkundiger Bürger: der festzulegende Sirenenton soll der Alarmierung der Bevölkerung dienen,
- Herr Hutt, sachkundiger Bürger: beim Abbau des damaligen Zivilschutzsirenenetzes wurde nicht an die Bevölkerung gedacht; froh über die jetzige konstruktive Diskussion und der Lösungsfindung; flächendeckendes Sirenenetz - egal welcher Ton,
- Vertreter der Bürgerinitiative zum Hochwasserschutz in Erfurt Ost: Gründe für Bildung der Bürgerinitiative; pragmatische Situation - Angst - Lähmung und Aussichtslosigkeit; Bedenken/Angst bei der baulichen Erweiterung GVZ und Urbich; wollen Einfluss geltend machen, Anwohnerkompetenz mit einbringen; Vorsorge besser als Nachsorge; sofortige Einbeziehung der Bürgerinitiative - Ziel besserer Hochwasserschutz; fehlende Kenntnisnahme der Kriterien der Ausschreibung bezüglich Planungsbüro.

Zusammenfassend schlug der Ausschussvorsitzende nachfolgende Festlegungen vor:

<b>Drucksache 2557/14</b>	<b>Dem Ausschuss sind die Ausschreibungskriterien für das zu beauftragende Planungsbüro zur Erstellung des Hochwasserschutzkonzeptes vorzulegen. T.: 13.01.2015 V.: Leiter des Garten- und Friedhofsamtes</b>
-------------------------------	---

Drucksache 2558/14	Die Stadtverwaltung wird beauftragt, weitere Standorte ausfindig zu machen, um ein flächendeckendes Netz an Sirenen aufbauen zu können, ggf. ist eine Prioritätenliste aufzustellen. Die bisher vorhandenen 17 Standorte sind aufzulisten. T.: 24.02.2015 V.: amt. Beigeordneter für Bürgerservice und Sicherheit/ Beigeordnete für Finanzen und Liegenschaften
Drucksache 2559/14	Unter Mithilfe der Ortsteilräte sind geeignete Standorte für die Ombrometer (Niederschlagsmesser) zu finden. T.: 24.02.2015 V.: Beigeordnete für Wirtschaft und Umwelt/ amt. Beigeordneter für Bürgerservice und Sicherheit/ Beigeordnete für Finanzen und Liegenschaften/ Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
Drucksache 2560/14	Herr Metz bat um einen weiteren Sachstandsbericht in der März Sitzung zu den noch offenen Problemen in der Angelegenheit "Überschwemmungen/Alarmierung der Bevölkerung". T.: 24.03.2015 V.: Beigeordnete für Wirtschaft und Umwelt/ amt. Beigeordneter für Bürgerservice und Sicherheit

Dazu erfolgte kein Widerspruch.

Die Frage von Herrn Helmerich, fraktionslos, zur Funktionstüchtigkeit eines Ombrometers erfolgte durch den amt. Beigeordneten für Bürgerservice und Sicherheit.

zur Kenntnis genommen

## 7. Informationen

- 7.1. **Vertagung vom 18.11.2014** 2178/14  
**Daten des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation**  
**BE: Antragsteller Herr Helmerich, fraktionslos**  
**hinzugezogen: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr**

Auf der Grundlage der Stellungnahme der Verwaltung ging Herr Helmerich, fraktionslos, auf seine Bedenken ein. Er schlug vor, den Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzung zu vertagen unter Hinzuziehung einer durch ihn benannten fachkundigen Person.

Der Sachbearbeiter des Garten- und Friedhofsamtes machte einige Ausführungen zur Problematik und ging auf die vorliegende Stellungnahme ein.

Herr Metz, Fraktion SPD, informierte über die geführten Gespräche mit erfahrenen Landwirten: Gräben helfen nicht in Bezug auf Hochwasser, sondern Bachläufe und die Bodenversiegelung ist zu beachten. Er verwies auf die bereits erfolgte Diskussion.

Über ähnliche Gedankengänge informierte Herr Frenzel, Fraktion SPD. Es sind Möglichkeiten zu schaffen, dass das Wasser ungehindert übertreten kann.

Der Vertreter des Umwelt- und Naturschutzamtes machte Ausführungen zur Gewässerunterhaltung, zur unterschiedlichen Bewertung, zu Schwerpunkten, zu Meliorationsgräben und zur möglichen Erwartungshaltung.

Der Antragsteller nahm die Ausführungen zur Kenntnis.

**zur Kenntnis genommen**

## **7.2. Sonstige Informationen**

Sonstige Informationen lagen nicht vor.

gez. A. Horn  
Vorsitzender

gez.   
Schriftführer/in